

DISCUSSION PAPER

September 2021

Elmar Wiesendahl

Hinterzimmer versus Inszenierung: Wie man in Deutschland heutzutage Kanzlerkandidat:in wird

Der Versuch von Union und Grünen, bei der Aufstellung der Kandidat:innen im Wahljahr 2021 neue Wege zu gehen, war nur bedingt erfolgreich. Wahrscheinlich ist dennoch, dass nach der Kandidat:innen-Kür in diesem Wahlsummer der Trend hin zur demoskopischen Medien- und Stimmungsdemokratie weiter voranschreiten wird.

Der Kampf um das Kanzleramt ist entbrannt. Der Bundestagswahlkampf läuft auf Hochtouren. In der Art und Weise der Auslese der Kandidat:innen haben sich diesmal deutliche Veränderungen ergeben. Speziell die Unionsparteien und die Grünen führten Verfahren durch, die mit der gewohnten Praxis der parteiendemokratischen Kandidat:innen-Kür brachen.

Zweifellos stand im Wahlsummer 2021 der Machtkampf zwischen Armin Laschet und Markus Söder um die Kanzlerkandidatur im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, weil er sich gegen die bisherige gremienzentrierte Praxis der Unionsparteien richtete. Aber auch die Auswahlentscheidung zwischen Robert Habeck und Annalena Baerbock verstößt gegen die bisher von den Grünen hoch gehaltenen basisdemokratischen Prinzipien.

Was sich dabei abgespielt hat, signalisiert ein Ende der überkommenen parteienzentrierten Rekrutierung des politischen Spitzenpersonals in Deutschland.

Ein Kernbereich der Parteiendemokratie wird zur Disposition gestellt: Das Monopol der Parteien, das politische Spitzenpersonal in Parlament und Regierung zu rekrutieren.

Markus Söders Bewerbungsmänöver macht den Bruch sichtbar

Ohne die letztlich gescheiterte Kandidatur des bayerischen CSU-Chefs und Ministerpräsidenten Markus Söder wäre der Strukturwandel der politischen Spitzenrekrutierung durch Parteien so nicht zu erkennen gewesen.

Denn Söder hat seine Bewerbung mit einer strategischen Stoßrichtung versehen, die sichtbar macht, dass das traditionelle Modell der repräsentativdemokratischen Gremienpartei als Auswahlzentrum dem Druck anderer Maßstäbe und Regeln der Kandidat:innen-Kür nicht mehr lange standhalten wird. Infrage gestellt ist damit nicht nur die Gremienpartei, sondern es geht um eine grundsätzliche Machtverlagerung der Elitenselektion hin zum kandidat:innenzentrierten plebiszitären Selbstermächtigungsmodell von politischen Umfragekarrieristen.

Söder suchte die offene Konfrontation mit der CDU-Parteispitze in Gestalt ihrer Führungsgremien. Um das Gremiengefüge der Schwesterpartei zu desavouieren, griff er auf das Klischee des „Hinterzimmers“ zurück und versuchte gleichzeitig, sowohl die Parteibasis der CDU für sich zu mobilisieren als auch seine überlegenen Umfragewerte im Vergleich zu Armin Laschet auszuspielen. Parteigremien, Hinterzimmer, Parteibasis und Umfragewerte stehen jeweils für unterschiedliche Regularien und Kriterien der Kandidat:innen-Kür, die hinsichtlich ihres Stellenwerts für die Elitenrekrutierung ausführlicher beleuchtet werden sollen.

Mit Armin Laschet haben sich die Spitzengremien der CDU durchgesetzt

Wie Kanzlerkandidat:innen innerparteilich aufzustellen sind, ist nicht formal-statuarisch geregelt. Eingebürgert hat sich bei der SPD, der FDP und mit Abstrichen auch bei der CDU ein Gewohnheitsrecht, das den jeweiligen Parteivorsitzenden zufällt. Dieses Thronprätendenten-Recht leitet sich aus der Spitzenstellung der Parteichefs ab, wobei diese sich für ihren Anspruch ein Votum des Parteipräsidiums bzw. -vorstands einholen. So zu verfahren entspricht dem Modell der repräsentativdemokratischen Gremienpartei mit einem aus Spitzenleuten der Partei zusammengesetzten Entscheidungszentrum. Die Personalkonstellation, zu der sich das höchste kollektive Entscheidungsgremium bekennt, wird dann von einem nachfolgenden Nominierungsparteitag gebilligt.

Das Gewohnheitsrecht der Parteivorsitzenden, auf die Kanzlerkandidatur zugreifen zu können, ist bei CDU und CSU, wie die bisherige Praxis zeigt, nur im wechselseitigen Einvernehmen möglich. Markus Söder fügte sich zunächst in das bestehende Machtgefüge und die Gepflogenheiten der Kandidat:innen-Kür ein und machte seine Kanzlerkandidatur vom Votum der CDU-Spitzengremien abhängig. Als sich jedoch ein klares Meinungsbild zugunsten von Armin Laschet als Kanzlerkandidat der CDU ergab, versuchte Söder, die Kandidat:innen-Kür nach von ihm vorgebrachten Spielregeln jenseits der Gremienpartei auf seine Aufstellung hin zu revidieren.

So brachte er das Hinterzimmer-Argument gegen den Parteivorstand und das CDU-Präsidium ins Spiel, um die breite Mehrheit der beiden Gremien für Laschet als nicht hinnehmbar erscheinen zu lassen. Dem Ziel, das Votum der Spitzengremien zu entwerten, diente auch das Bestreben, einerseits die Bundestagsfraktion und andererseits die Parteibasis gegen Vorstand und Präsidium in Stellung zu bringen. Mit dieser maßlosen Attacke gegen die Gremienpartei zettelte Söder einen Grundsatzkonflikt an, der ihm zum Verhängnis wurde. Denn nun ging es bei der Abstimmung über die Kanzlerkandidatur nicht mehr allein um eine Personalentscheidung zwischen Laschet und Söder. Vielmehr sahen sich die Spitzengremien gezwungen, ihre angefochtene Machtstellung wiederherzustellen.

„Söders Bewerbung scheiterte infolge der strategisch überzogenen Fehlkal-kulation seines Machtspiels an sich selbst.“

Deshalb beugte er sich schließlich einer Zweidrittelmehrheit der CDU-Parteispitzengremien für den Kanzlerkandidaten Laschet. Ein Nachbeben hinsichtlich der Zuständigkeiten und Verfahrensweisen bei innerparteilichen Kandidat:innen-Küren ist jedoch immer noch zu spüren. Nicht nur CDU und CSU wird die Frage nach zeitgemäßerem Auswahlverfahren für Spitzenkandidat:innen bei Wahlen in Zukunft noch beschäftigen.

Die Rolle des Hinterzimmers für die Kandidat:innen-Kür

Söders Konfrontationsstrategie gegen das hergebrachte Gremiengefüge der CDU griff auf das abschätzigste Argument zurück, Parteivorstand und Präsidium der CDU verkörperten nur kleine „Hinterzimmergremien“ der Partei. Dass er dadurch die beiden Spitzenorgane der Gremienpartei in ehrenrühriger Form zu diskreditieren versuchte, dürfte er als berüchtigter Hinterzimmerpolitiker gewusst haben. Schließlich organisieren Parteien Macht und tragen dazu Machtkämpfe aus. Und die vollziehen sich vor allem in „Hinterzimmern“.

„Das „Hinterzimmer“ ist ein Symbol für den verdeckten und von der Beobachtung abgeschirmten Bereich der innerparteilicher Machtbildung sowie den Kampf um Posten und Privilegien.“

Die Parteienforschung benutzt hierfür den Begriff der Mikropolitik. Parteien bilden einen umkämpften Markt für politische Karrieren und für die Durchsetzung persönlicher und kollektiver Interessen, wobei der Kreis von Ambitionierten größer ist als die verfügbare Menge an lukrativen Posten und Privilegien. Dies löst zwangsläufig Rivalitäten und Kämpfe aus, die zwischen Einzelnen, aber auch zwischen innerparteilichen Gruppen und Flügeln ausgetragen werden. Hierzu werden Seilschaften gebildet und Unterstützungsnetzwerke aufgebaut, Zweckbündnisse eingegangen, Intrigen gesponnen, um die personelle und interessenpolitische Durchsetzung gegenüber dem bzw. den Gegenlagern zu betreiben. Die internen Machtzirkel sind zumeist hierarchisiert und zeigen ein Führer:in-Gefolgschaft-Gefälle. Das Hinterzimmergeschehen ist in jeder Partei als undurchsichtige Parallelwelt gegenwärtig.

Die negative Konnotation des Hinterzimmers geht vor allem auf das amerikanische Parteiwesen des frühen 19.

Jahrhunderts zurück, das von lokalen Parteibossen mit ihren *party machines* und den berüchtigten *smoke-filled rooms* zum Zweck des Postengeschachters beherrscht wurde. Die progressive Ära in den USA Anfang des 20. Jahrhunderts setzte dem exzessiven Beutesystem der oligarchischen Parteien durch Einführung von Primaries ein Ende. Wie die rücksichtslose Kaperung der Republikanischen Partei durch Donald Trump seit 2016 belegt, gehört der mehr oder minder hart ausgetragene mikropolitische Machtkampf bis heute zur Wirklichkeit von Parteien.

Bei den Beteiligten an den Machtspielen um die Aufstellung von Spitzenkandidat:innen sind innerparteiliche Elektor:innen und Selektor:innen zu unterscheiden. Elektor:innen sind mit den Angehörigen der Spitzengremien und auch mit Parteitagsdelegierten identisch. Mit ihrem Votum schließen sie einen Kandidat:innen-Auswahlprozess ab. Vorab haben aber in der Regel innerparteilicher Einflussträger:innen als Selektor:innen unter den Bewerber:innen eine Vorauswahl getroffen, die sodann vom Beschlussorgan der Elektor:innen formal ratifiziert wird. So wurde etwa im Jahr 2008 solch eine mikropolitische Intrige, eingefädelt von Parteioberen der SPD und als „Drama vom Schwielowsee“ in die Parteigeschichte eingegangen, dem Parteichef Kurt Beck zum Verhängnis. Gekränkt warf er den Vorsitz hin. Dadurch wurde, wie von der Intrigant:innen-Gruppe beabsichtigt, der Weg zur Kanzlerkandidatur von Frank-Walter Steinmeier frei.

Ebenfalls in die Kategorie der Mikropolitik fällt Angela Merkels Schachzug von 2002, Edmund Stoiber bei einem Frühstücksbesuch in Wolfratshausen die Kanzlerkandidatur anzutragen. Merkel konnte dadurch ihren Rivalen Friedrich Merz an der CDU/CSU-Fraktionsspitze ausbooten und schuf sich mit der gebündelten Machtstellung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden ein Sprungbrett, das sie 2005 zur Kanzlerschaft führte. Und bekanntlich boxte sich auch Markus Söder per ausdauerndem Machtkampf gegen Horst Seehofer an die CSU- und bayerische Staatsspitze durch, was ihm von Seehofer den Vorwurf der „Schmutzelei“ eintrug. Mikropolitisch fehlgeleitet legte sich Söder dann bei seinem Unternehmen Kanzlerkandidatur mit den Granden des CDU-Parteivorstands und Präsidiums an, was unter diesen einen Solidarisierungseffekt auslöste. Hiervon konnte Armin Laschet ohne eigenes Zutun als Parteivorsitzender bei der Kandidat:innen-Kür profitieren und Söder ausstechen.

Die basisdemokratische Kandidat:innen-Kür – der Gegenentwurf zum Hinterzimmer?

Dem Parteienrecht nach gleichen sich Parteien als Gremien- und Delegiertenparteien, die auf dem repräsentativdemokratischen Stellvertreter:innen-Prinzip fußen. Der Einfluss der einfachen Mitglieder bei der Auswahl des Spitzenpersonals der Parteien endet vor diesem Hintergrund an der Ortsvereinsgrenze. Eine basisdemokratische Mitgliederpartei, in der die einfachen Mitglieder per Urwahl oder per Mitgliederentscheid bzw. in Vollversammlungen über die Geschicke ihrer Partei befinden, widerspricht – besonders bei bürgerlich-konservativen Parteien – der herrschenden Praxis.

Umso mehr überrascht, dass Markus Söder gegen den Primat der Gremienpartei die Parteibasis in Stellung brachte. Er griff dabei auf einen vielsagenden Terminus zurück, der zuallererst die Mitglieder als „grassroots“ auf den Begriff bringt.

Söder hatte offenkundig jedoch nicht die Mitgliederbasis im Sinn, sondern ihm ging es um ein temporäres Zweckbündnis mit der mittleren Funktionärsschicht der CDU in Gestalt von Ortsverbands- und Kreisverbands-Vorsitzenden, weil diese Gruppe bei den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen um ihre Wiederwahl als Amtsträger:innen fürchten muss.

Von Söder kam also kein Anstoß zu einem Demokratisierungsprozess der Kandidat:innen-Aufstellung, wie er im internationalen Vergleich von der Kandidat:innen-Forschung festgestellt wird.

Dieser Forschungszweig unterscheidet Auswahlverfahren nach dem Grad der Inklusion und Exklusion von einbezogenen Personen in den Auswahlkreis sowie danach, ob die Auswahl zentral an der Spitze der Partei oder dezentral bis zur Parteibasis herunter vorgenommen wird. Inklusion kann so weit gehen, dass, wie etwa bei den französischen Sozialisten, auch Nichtmitglieder mitentscheiden können. Primaries in den USA repräsentieren ebenfalls offen-inklusive Verfahren der Kandidat:innen-Vorauswahl. Nichtmitglieder in die Kandidat:innen-Kür einzubeziehen kann indes zur Entwertung der organisierten Parteimitgliedschaft führen. Organisierten würde nämlich auf diese Weise das (in Deutschland im Parteiengesetz festgeschriebene) Exklusivprivileg auf Auslese von Parteispitzenkandidat:innen für öffentliche Ämter genommen.

Wenn von der Demokratisierung der Kandidat:innen-Kür die Rede ist, ist auf jeden Fall die Parteibasis ganz unten gemeint, wobei den einfachen Mitgliedern unter dem Banner der Basisdemokratie bei der Kandidat:innen-Kür ein Urwahlrecht zugesprochen wird. Unmittelbare Mitgliederpartizipation zielt auf ein partielles Korrektiv gegenüber dem vorherrschenden Modell der Delegierten- und Gremienpartei, kann aber auch als organisatorisches Alternativmodell der unmittelbaren Mitgliederpartei zur repräsentativdemokratischen Gremienpartei institutionalisiert werden. Gestützt auf die Online-Partizipation ihrer Mitglieder ging beispielsweise die Piratenpartei diesen Weg. Auch die italienische Fünf-Sterne-Bewegung oder die spanische Podemos-Partei organisieren sich nach diesen Leitvorstellungen.

Nach dem Prinzip der obligatorischen basisdemokratischen Direktwahl der Parteivorsitzenden und Spitzenkandidat:innen durch die einfachen Mitglieder verfahren die britischen Konservativen und die Labour Partei. Wer als Parteivorsitzender direktdemokratisch gewählt ist, übernimmt auch das Amt des Premierministers bzw. der Premierministerin oder entsprechend das Amt des/der parlamentarischen Oppositionsführers/ Oppositionsführerin.

Basisdemokratische Kandidat:innen-Kür ist in Deutschland die Ausnahme

Dieser Trend zur Basisdemokratie ist bisher an den deutschen Parteien vorbeigegangen, sie halten bei der Kandidat:innen-Kür weiterhin am Modell der Delegiert:innen- und Gremienpartei fest. Zwar haben sie in mehreren Anläufen seit den 1990er Jahren die Partizipationsrechte der einfachen Mitglieder partiell gestärkt, so dass neben Mitgliederentscheidungen zu Sachfragen auch die Auswahl innerparteilicher Spitzenpositionen und die von Spitzenkandidat:innen für öffentliche Ämter auf Bundes- und Landesebene durch unmittelbare Voten der Mitglieder erfolgen kann. Dies gilt für die Grünen, die Linke und die SPD, die sich bei der Besetzung des Parteivorsitzes, aber auch bei Koalitionsfragen mit unmittelbaren Mitgliederabstimmungen hervortun. Die basisdemokratische Kür von Spitzenkandidat:innen bei Bundestagswahlen ist bis auf die Urwahl bei der SPD zwischen Rudolf Scharping, Gerhard Schröder und Heidemarie Wiecek-Zeul im Jahr 1993 nur bei den Grünen und der Linken Praxis. Die AfD hat ihr Spitzenduo ebenfalls per Mitgliederentscheid ausgewählt.

Die SPD weicht statuarisch vom Prinzip der innerparteilichen Stellvertreter:innen-Demokratie ab und erlaubt die basisdemokratische Urwahl der/des Kanzlerkandidat:in durch die Parteimitglieder. Die tatsächliche Praxis widerspricht indes der Kann-Regel. So wurden Peer Steinbrück 2013 und Martin Schulz 2017 nach Gutsherrenart vom damaligen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel aus der Tasche gezaubert. Für 2021 verdankt Olaf Scholz seine Kanzlerkandidatur dem Votum der beiden SPD-Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans.

“

Was bei der SPD, der Linken, den Grünen und der AfD für die Auswahl der Parteivorsitzenden per Urwahl gilt, ließe sich vom Verfahren her auch für die Kür von Spitzen- bzw. Kanzlerkandidat:innen übernehmen. CDU und speziell die CSU müssten hierfür allerdings ihr repräsentativ-demokratisches Verständnis von innerparteilicher Elitenherrschaft überwinden. Das würde einen krassen Bruch mit der Parteitradition bedeuten.

”

Zwar ist die CDU teilweise auf Länderebene mit der Urwahl von Spitzenkandidat:innen für Landtagswahlen bereits vertraut und könnte das Verfahren auf die Bundesebene übertragen. Doch trotz zaghafter Organisationsreformen zur Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten einfacher Mitglieder bleiben die Unionsparteien dem Kern nach weiterhin stark führungsorientiert, wobei sich traditionell das Machtgefüge speziell der CDU auf verschiedene Zentren wie die der Parteispitze, die Fraktionsführung und die Gruppe der Ministerpräsident:innen verteilt. Besetzt die Union das Kanzleramt, bildet dieses traditionell wie unter Merkel oder vorher Kohl, ganz zu schweigen von Adenauer, die herausgehobene Machtzentrale. Funktionär:innen der Partei, die die Parteitage dominieren, sind Gefolgschaft gewöhnt und bilden keine eigenständige Machtgröße.

Mit der Nominierung von Annalena Baerbock haben die Grünen mit ihrer basisdemokratischen Identität gebrochen

Die Grünen sind im Rahmen der basisdemokratischen Debatte um die Kandidat:innen-Kür besonders zu erwähnen, weil sich ihr Gründungsmythos mit der Einführung einer basisdemokratischen Mitgliederpartei verbindet. Wie vom Parteiengesetz vorgeschrieben, blieben sie in ihrer Satzung formal Gremien- und Delegiert:innen-Partei, wollten aber den Weg hin zu einer oligarchischen Berufspolitiker:innen-Partei blockieren. Der Verselbständigung, Machtkonzentration und Dauerherrschaft einer Partielite sollten strukturelle Riegel vorgeschoben werden. Dazu wurden die Amtszeiten und Einkünfte der Amts- und Mandatsträger:innen begrenzt, und sie wurden in ihrem politischen Handlungsspielraum einer strikten Kontrolle von unten unterworfen. Führung sollte geschlechterparitätisch und kollektiv erfolgen, Ämter und Mandate konnten nicht gleichzeitig ausgeübt werden.

Da die Grünen von Anfang an in Strömungen aufgesplittert waren, blieben allerdings auch bei ihnen Machtkämpfe im Hinterzimmer nicht aus. Auflagen wurden umgangen und Schritt für Schritt aufgehoben, so dass sich auch die Grünen mittlerweile zu einer Berufspolitiker:innen-Partei umgewandelt haben. Von den Anfängen ist nur noch pro forma das paritätische Doppelspitzen- und Urwahlprinzip bei der Besetzung von Spitzenpositionen übriggeblieben.

Mit der allein von Robert Habeck und Annalena Baerbock entschiedenen Hinterzimmer-Kandidat:innen-Auswahl haben die Grünen mit dem Rest ihrer basisdemokratischen Parteiidentität abgeräumt und die Partei auf eine medien- und umfragezentrierte Kanzler:innen-Wahlpartei zugeschnitten.

Dabei hätten es die Grünen wie gehabt bei der Aufstellung eines Spitzenkandidaten-Duos belassen können. Ein (virtueller) Parteitag als medienwirksame Krönungsmesse vervollständigte die Inthronisierung der Kanzlerkandidatin Baerbock.

Kandidat:innen-Kür zukünftig nach Umfragen-Ranking?

Die diesjährige Kandidat:innen-Kür treibt den Trend zur umfragezentrierten Personalisierung des Rekrutierungsprozesses weiter voran. Das verdeutlicht exemplarisch die Bewerbungsstrategie von Markus Söder. So brachte Söder als politisches Kapital der eigenen Bewerbung seine hohen Umfragewerte sowie seine Popularität in der Bevölkerung ein und hob dabei den enormen Abstand hervor, mit dem er in Umfragen seinen Rivalen Laschet als Kanzlerkandidaten abhängte. In der Tat konnte Laschet nach seiner knappen Wahl zum CDU-Parteivorsitzenden keinerlei Zugewinn an demoskopischen Zustimmungswerten verzeichnen. Den beachtlichen Popularitätsvorsprung verdankte Söder seiner mit der Corona-Pandemie gesteigerten Medienpräsenz, häufig an der Seite der Kanzlerin, wobei er sich als entschlossener, tatkräftig zupackender Krisenmanager inszenierte. Weniger mediale Aufmerksamkeit fand, dass die praktischen Erfolge der Krisenbewältigung in Bayern von der Selbstdarstellung Söders deutlich abwichen. Die CSU sackte zuletzt in den Umfragewerten massiv ab und kann von dem Umfragehoch ihres Spitzenmanns nicht profitieren.

Kriterien wie Popularität und Wählerwirksamkeit sind bei der Auswahl von Kanzlerkandidat:innen nicht neu, sondern ergeben sich seit jeher aus dem Bestreben von Parteien, bei Wahlen mit einem/einer möglichst attraktiven und zugkräftigen Spitzenkandidat:in zu punkten. Elektoralisierung und Personalisierung der Kandidat:innen-Kür sind also gängige Orientierungsmaßstäbe. Einen Einschnitt stellt aber die von inhaltlichen Fragen losgelöste Fokussierung dieser Kür auf die mediale Inszenierungskunst und die Platzierung auf demoskopischen Popularitätsskalen dar, mit der sich Söder selbst mit seiner Kandidatur in Stellung brachte.

Zu erinnern ist an Gerhard Schröders raffinierten Winkelzug, seinen Rivalen Oskar Lafontaine als SPD-Chef bei der Kanzlerkandidat:innen-Kür 1998 dadurch auszustechen, dass er sein Abschneiden als Ministerpräsident bei der anstehenden Landtagswahl in Niedersachsen zum Prüfstein machte, um seine überlegene Kanzlerfähigkeit in der Wähler:innenschaft unter Beweis zu stellen. Die plebiszitäre Volte glückte und endete wenig später bei der Bundestagswahl 1998 in einem Wahlsieg der SPD. Schon damals löste Schröder damit die Kandidat:innen-Kür aus dem Gremiengefüge der SPD heraus und gab ihr eine auf die Wählerschaft verlagerte plebiszitäre Wende.

Sichtbar wird hierin ein Trend zur kandidat:innenzentrierten Personalisierung des Aufstellungsverfahrens.

Der/die Spitzenpolitiker:in erscheint nicht mehr als Repräsentant:in einer Partei, sondern baut sich mittels medialer Präsenz und Inszenierung ein öffentliches Unterstützer:innen-Umfeld auf, das sich in Meinungsumfragen und schließlich in Wähler:innen-Stimmen auszahlt.

Mediale Präsenz macht Politiker:innen öffentlich sichtbar und bekannt. Dies vermittelt den Eindruck, dass sie wichtig und bedeutsam sein müssen. Die Umfrageforschung leistet dabei Schützenhilfe, indem sie bestimmt, welche Liste an Politiker:innen sie den Befragten zur Bewertung vorlegt und veröffentlicht. So wurden zunächst Robert Habeck und dann auch Annalena Baerbock ohne öffentliches Amt dauerhaft in die Namensliste „bekannter Politiker:innen“ aufgenommen. Bei Söder war es so, dass er erst im Frühjahr 2019 in die Top-Ten-Liste einbezogen wurde. Andere durchgängig gesetzten Minister wie Heiko Maas traf stattdessen das Los, ab März 2021 aus der Promi-Liste des Politbarometers entfernt zu werden. Gerade Markus Söder setzt auf die mediale Selbstvermarktungsstrategie, mit der er als Stimmungsmacher und opportunistischer Instinktpolitiker mit virtuoser

Darstellung von Kompetenz sein persönliches Popularitätskonto auffüllt. Der medienzentrierte Umfragepolitiker präsentiert sich mit einer herrisch selbstgewissen Attitüde. Er spricht nicht für die Partei und deren Beschlüsse, sondern vermarktet sich als Entscheider und politische Leitfigur, die vorgibt, wo es politisch langgeht. Von programmatischen Fesseln befreit, nimmt sich der neue Politikertyp die Freiheit heraus, selbst Kernbereiche der Parteiidentität umzukrempeln und dem Zeitgeist zu opfern.

Erfolgreich ist, wer sich medial am Besten inszenieren kann

Das Geschäftsmodell der Umfragepolitiker:innen fokussiert sich auf die gezielte Erregung medial hergestellter Aufmerksamkeit, die sich in fortdauernder Medienpräsenz und, daraus folgend, öffentlicher Bekanntheit und Prominenz niederschlägt. Um diesen Wirkungsmechanismus zu bedienen, bringen Umfragepolitiker:innen all die Mittel der Selbstinszenierung, der Themenplatzierung und des Eventmanagements zum Einsatz, auf welche die mediale Aufmerksamkeitssensitivität anschlägt. Dazu zählen zur persönlichen Profilbildung die Provokation, die Kraftmeierei, die Selbstgefälligkeit, die Direktheit des Ausdrucks, die volkstümliche Sprache und die Dominanz vermittelnde Körpersprache.

Bekanntheit und Prominenz sind die Münze, mit der ein Aufstieg im Umfrage-Ranking beginnt und aufrechterhalten wird. Ein Umfragehoch leitet einen medialen Rückkopplungszyklus ein, über den die Medien die Popularität weiter erhöhen und die Umfragewerte gesteigert werden können. Der Schmierstoff dieses Zyklus ist die personenzentrierte, wohlwollend-affine Berichterstattung und Kommentierung umfragebeeindruckter Medien. Bei den TV-Medien kommt der per Eindrucksmanagement und Selbstinszenierung gesteigerte Wirkungseffekt noch hinzu. Umfragepolitiker:innen haben darüber hinaus die sozialen Medien entdeckt und können von dort her mit Tweets oder Youtube-Videos ihre Selbstvermarktung ohne Einwirkungen der „alten“ Medien auf die Spitze treiben. Das auf Umfragepolitiker:innen persönlich zugeschnittene Eigengewicht an Popularität bringt das

Kollektivgebilde Partei in ein Abhängigkeitsverhältnis ihnen gegenüber.

Die Gremien der Parteien verlieren die Kontrolle über die Kandidat:innen-Kür und müssen sich den persönlichen Umfragewerten von Politiker:innen beugen.

Die Entscheidung der Spitzen der alten Gremien-CDU zugunsten von Armin Laschet als Kanzlerkandidat bremste allerdings den Aufstieg des telegenen Stimmung- und Umfragepolitikers Söders noch einmal aus, ohne dadurch den Prozess des Kontrollverlusts über die Kandidat:innen-Kür dauerhaft aufhalten zu können.

Armin Laschet könnte der letzte Gremienkandidat gewesen sein

Mit Armin Laschet wurde nochmals ein klassischer Gremienpolitiker der CDU zum Kanzlerkandidaten gekürt, der dem rheinisch-katholischen Milieu entstammt, das einst die Union als volksparteiliche Sammlungs- und Multiinteressenpartei hervorbrachte. Die Volkspartei, die Laschet repräsentiert, greift konsenspolitisch Gruppeninteressen auf und bindet sie per Kompromiss zusammen. Die Sozialausschüsse der CDU haben hier ihre innerparteiliche Domäne. Herrisches Führen passt nicht zum volksparteilichen Politikverständnis, entscheidend ist vielmehr das Prinzip des Bargainings und Moderierens. Dieser Typus Volkspartei bildet in ihrem Innern einen breiten Kosmos an Wertvorstellungen ab, so dass im pluralistischen Flügelschlag weltanschauliche Vielfalt zum Ausdruck gebracht wird.

Laschet gab diesem hergebrachten Unionverständnis als Integrator und Konsenspolitiker ein authentisches

Gesicht, was Söder sogleich als Rückgriff auf ein überholtes Parteimodell („Helmut Kohl 2.0“) abqualifizierte. Damit setzte Söder dem über Gremien und Vereinigungen repräsentierten Unionsmodell der Laschet-CDU ein personen- und medienzentriertes Vermarktungsmodell mit dem Ziel eines Personalplebiszits in der Wähler:innenschaft entgegen, bei dem das Kollektivgebilde Partei nur noch als Claqueurs-Fassade vorkommt. Partei ist für Söder allein das, was er als Umfrage-Spitzenpolitiker angesichts der demoskopischen Stimmungskonjunktur an Themensetzung, Pseudoevents und Selbstvermarktung öffentlichkeitswirksam in den Prozess der Herstellung von Öffentlichkeit einpeist. Dass er als in der Wolle gefärbter Umfragepolitiker an einem jovialen, aber medial wenig ausstrahlungsstarken CDU-Gremienpolitiker wie Laschet scheiterte, hat er sich selbst zuzurechnen.

Laschet als Kanzlerkandidat der CDU/CSU verfügt nicht über das Format eines populären Umfragepolitikers und erzeugt für die Union keine erhoffte Zugkraft. Die Zeit des Gremienpolitikers im Unionsbereich nähert sich dem Ende.

Dagegen konnte das Spitzenduo der Grünen, Habeck und Baerbock, vormachen, wie eine Kandidat:innen-Kür losgelöst von Parteigremien und Parteibasis als mediales Inszenierungsprojekt öffentliche Aufmerksamkeit generiert und beiden Spitzenpersonen zunächst hohe Umfragewerte zuspießt. Erstmals räumten damit die Grünen bei der Kandidat:innen-Kür der medialen Wirksamkeit und Umfragepopularität den Vorrang ein, so dass Annalena Baerbock das Rennen machte. Es waren in diesem Wahljahr die Grünen, die bei der Kür ihrer Kanzlerkandidatin das personalisiert-medienzentrierte „Selling“, „Branding“ und „Framing“ auf die Spitze trieben. Hat indes eine Kanzlerkandidatin Baerbock einen Popularitätsverfall hinzunehmen, werden auch die Grünen als Partei in den elektoralen Abwärtssog hineingezogen.

Der Treppenwitz der Geschichte ist, dass gerade die Grünen bei der Rekrutierung ihrer Kanzlerkandidatin Baerbock einen extrem zentralistischen und exklusiven Auswahlmodus hinnahmen. Der Widerspruch zu bisherigen basisdemokratischen Leitvorstellungen der Kandidat:innen-Kür könnte nicht krasser sein. Während die Grünen dem medienzentrierten Typus der Umfragepolitiker:innen zum Durchbruch verhelfen und sich ihm leichtfertig auslieferten, erscheinen Armin Laschet, Olaf Scholz, aber partiell auch Christian Lindner noch als Vertreter der hergebrachten Gremienparteien. Wie ihr Konkurrenzkampf mit der Kanzlerkandidatin Baerbock ausgeht, dürfte auch darüber mitentscheiden, ob die Verlagerung der Kandidat:innen-Kür weg von der Parteiendemokratie und hin zur demoskopischen Medien- und Stimmungsdemokratie weiter voranschreiten wird.

Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

ISBN: 978-3-96759-016-6

© Das Progressive Zentrum e.V., 2021

Ausgabe: September 2021

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert

c/o Das Progressive Zentrum e.V.

Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Michael Miebach, Judith Siller,

Thomas Kralinski, Katarina Niewiedzial

Geschäftsführer: Dominic Schwickert

Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats:

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

www.progressives-zentrum.org

mail@progressives-zentrum.org

Layout: Selin Estroti, basierend auf einem Design von 4S & Collet Concepts

Über den Autor



Elmar Wiesendahl beschäftigt sich seit 2010 als Mitgesellschafter der Agentur für Politische Strategie (APOS) mit Fragen der Strategiebefähigung von politischen Parteien und der Verbesserung von Strategiebildungsprozessen unter den Bedingungen wachsender Wettbewerbsintensität. Der promovierte Soziologe und Politikwissenschaftler lehrte an der Universität der Bundeswehr in München und der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, wo er sein Interesse an der Verknüpfung von politischer Strategie mit höher entwickelten militär- und unternehmensstrategischen Vorstellungen vertiefte. Neben Standardwerken zur Parteienforschung veröffentlichte Elmar Wiesendahl zahlreiche Studien zur Fortexistenz von Mitglieder- und Volksparteien sowie zu den Zukunftsaussichten der Parteiendemokratie.

Über das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger ThinkTank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge Vordenker:innen und Entscheidungsträger:innen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „Zukunft der Demokratie“, „Strukturwandel“ sowie „Internationale Beziehungen“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

